

kennt man die moralische Größe eines Landes. - Aber es gibt auch das Pestalozzi-Wort, daß man nur von zufriedenen Lehrern oder Professoren oder Kindergärtnerinnen auch zufriedene Schüler oder Studenten oder Kleinkinder erwarten kann.

Bis zum 1. September war die anerkannte Nachzahlung des gekürzten Lehrergehaltes nicht auf dem Konto der Kollegen. Im Einigungsvertrag >vird den Parteien in den Ländern, gleich welche Schwerpunkte sie setzen wollen, ein großes Arbeitsfeld angeboten. Die Bildungshehelt der Länder verlangt völlig neue Konzepte. Die Eltern aller Kinder können diesen Staatsvertrag begrüßen. Deshalb an dieser Stelle für diese Stelle Im Einigungs* vertrag ein Dank an die Verhandlungsführer. Es gibt Jetzt Klarheit über Abschlüsse und Diplome. Die Europäische Komponente wird durch den Artikels? Abs, 1 fegesehrieben. Die Möglichkeiten der Auswahl der Bildungsformen sind wesentlich zu erweitern. Nicht Bewußtsein, sondern Leistung wird dominieren.

Die Kultusministerkonferenz wird in allen Fragen Übergangsregelungen treffen, so daß Erhaltenswertes nicht vorschnell weggeworfen wird. Die DSU fordert über den Einigungsvertrag hinaus in den Ländern Regelungen, die die Berufung oder aus Altlasten notwendige Abberufung nur noch nach fachlichen und menschlichen Qualitäten in den Hochschulen, Fachschulen, Fachhochschulen ermöglicht. Nur so können wir verhindern, daß z. B. Dresden oder die Humboldt-Universität Berlin oder Jena und andere ihren Ruf neu erarbeiten müßten und Heidelberg oder Mannheim oder Westberlin oder München das Ziel aller Wünsche von Studenten aus den östlichen Ländern ist.

Im Kapitels Artikel39, also dem Kapitel, das der Kultur gewidmet ist, stehen besonders wohlklingende Sätze. Der entscheidende lautet wohl; Die kulturelle Substanz darf keinen Schaden nehmen. - Die DSU warnt vor zu großer Erwartungshaltung; denn die Länder und Kommunen sind nun in der Zuständigkeit. Der desolante finanzielle Zustand der neuen Träger ist aber bekannt. Deshalb muß bei den Haushaltsplänen überall gekürzt werden. Und hier unser großer Appell an die Bundesrepublik und an den Kulturfonds zur Förderung von Kultur, Kunst und Künstlern; Im Abs, fl steht, daß eine Mitfinanzierung durch den Bund - und Jetzt vorsichtig formuliert * nicht ausgeschlossen wird.

Uns ist klar; Der Bund wird ständig nahezu in allen Positionen dieses Einigungsvertrages zur Kasse gebeten. Wir stellen unseren Forderungen als Gegenleistung gute Klangkörper, Chöre, Museen, Theater usw. entgegen. Alle diese Einrichtungen müssen umlernen, sie müssen sich anpassen, durch neue Ideen marktwirtschaftlich arbeiten. Aber sie werden sich in den allerseltensten Fällen selbst finanzieren können. Deshalb fordern wir die zukünftigen Kultusminister und den Bund auf, das Menschenmögliche zu tun - wohl wissend, daß vom Aufbau der Wirtschaft auch die Möglichkeiten der Kulturzuwendung abhängig sind. Aber Heber ein ärmeres Leben als eines ohne Kunst und Kultur.

Abschließend möchte ich im Namen der DSU-Fraktion den Artikeln 30 und 37 und natürlich in der Endkonsequenz auch dem Einigungsvertrag unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei DiU und CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann

Vielen Dank, Herr Abgeordneter, ich bitte jetzt Herrn Blsky von der Fraktion der PDS, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Blsky (PDS)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es fast geglaubt, daß Kultur und Kunst wieder zuletzt kommen. Nachdem viele Schriftsteller und Künstler sich in Zelten, als es noch schwierig war für eine Veränderung dieser Gesellschaft eingebracht haben, erinnert man sich heute nicht mehr an sie, werden sie jetzt fast vergessen von jenen, die damals abwarteten und heute absahnen.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte den Artikel 39 zur Kultur erwähnen und auf ihn et-

was elngehen. Viel Zeit ist dafür nicht vorhanden. Ich zitiere Absatz 2:

„Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet darf keinen Schaden nehmen.“
So heißt es,

Herr Thierse hat bereits darauf hingewiesen, daß dies eine gefährliche Halbherzigkeit ist. Ich möchte dies unterstreichen und sagen, daß die Formulierungen zur Kultur eine abenteuerliche Unbestimmtheit atmen.

Zu einem ersten Punkt; Der Ansatz, der in Artikel 36 vorgegeben ist, ist zu allgemein, beliebig interpretierbar und nach meiner Auffassung vom Ansatz her falsch. Welche Substanz ist überhaupt gemeint? Konkret ist nichts vergewiesen, außer, daß der preußische Kulturbesitz erwähnt wird. Es herrscht auch ein Anschlußvokabular vor. Ich bin dafür, daß die kulturelle Substanz dieses Landes eingebracht wird und nicht nur allgemein ver Schaden geschützt werden sollte.

(Beifall bei der PDS)

Außerdem vertritt ich die Auffassung; Die kulturelle Substanz droht zu verfallen. Sie hat bereits sehr gelitten, weil nicht gehandelt wird, daß ohne verbindliche Regelungen im Staatsvertrag bald nichts mehr einzubringen ist. Ich erinnere an die Net. der Bibliotheken, der Museen, der Künatlerverbände, des Zirkus und von vielem anderem mehr.

(Unverständlicher Zwischenruf)

Wenn Ihnen dazu nicht mehr als „10 Jahre“ einfällt, tut es mir leid. Das ist ja schon kaum noch zu fassen.

Wir werden nur getröstet auf Geld, das irgendwann für die Länder kommen soll, und wir wissen, daß dieses Geld nicht vorhanden ist. Alles wartet auf Finanzen. Geld aber kennt gegenüber Kultur keine Gnade. Wir erwarten einen politischen Gestaltungswillen und konkrete Vorschläge zur Kultur und zu ihrer Einbringung in die Vereinbarung. Ich glaube, dann braucht man nicht nur unbestimmt «ul' Gelder zu warten, die man ohnehin nicht bekommen wird.

Jetzt sind wir auch mit einigen Verfahren konfrontiert, die zeigen, daß wir in einen Zustand der schöpferischen Zerstörung - wie Herr Krause es sagte - wohl deeh geraten sind. Ich erinnere an die Vorfälle bei Radio Berlin International, wo man die Leute monatelang getröstet mit Verhandlungen mit der Deutschen Welle, und plötzlich stellt sich dann heraus, daß dabei nichts herausgekommen ist. Ich erinnere an die Abschaltung von DT 64. Rias wird eingeschaltet. Dann wird wieder abgesehaltet usw. usf.

Auf einem Prinzip möchten wir beharren; Das ist die demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten in den Kulturbereichen und in den Belegschaften bei den Medien. Anders wird es nicht gehen. Wir sind für konkrete Vorschläge und für Sofortmaßnahmen auf dem Kulturbereich.

Ich würde folgende nennen: Erstens: Es muß eindeutig gesetzlich geregelt werden, was mit den Kulturfondsmitteln in den fünf Ländern geschieht. Die bisherigen Bestimmungen sind zu allgemein.

Zweitens: Ich unterstütze auch den Vorschlag, der = glaube ich - von Frau Martini gekommen ist, daß ein Sonderfonds von Bund und Ländern gebildet wird. Dieser Sonderfonds könnte durch eine bundesweit zu erhebende Kulturabgabe auf alle Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen spürbar mitfinanziert werden und Chancen für Kulturschaffende in diesem Lande bieten.

Drittens: Wir treten ein für die Künstlersozialversicherung. Es sollten Übergangsregelungen geschaffen werden, die vor dem bisher geplanten Wirkungsbeginn um 1.1.1982 sehen jetzt ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit für künstlerische Tätigkeit garantieren.

Viertens - das kann ich nicht weiter ausführen - sind wir für eine multikulturelle Gesellschaft und wollen die kulturellen Aktivitäten von nationalen und anderen Minderheiten in einem vereinten Deutschland gesichert wissen.

Fünftens; Schließlich droht neben dem Verfall der Kinderein-